

„Wie müssen sich die Anwohnerinnen und Anwohner von unvergleichbar höheren Verkehrsbelastungen (z.B. Gemeinde Mögglingen) wohl fühlen, wenn sie diese Prioritäten in Verbindung mit Verkehrszahlen und Landschaftsverbrauch vor Augen geführt bekommen?“ Diese Frage stellt Martin Kaufmann dem Verkehrsminister. Kaufmann ist Bürgermeister von Rudersberg, wo Umgehungen gebaut werden sollen, die offenbar niemand will.

ANKE SCHWÖRER-HAAG

Mögglingen. Kann man das, eine Umgehungsstraße gar nicht wollen, fragen sich die lärm- und staugeplagten Mögglinger? „Aber klar“, sind sich die Nachbarn im Rems-Murr-Kreis einig: „Die Ortsumfahrungen brächten den Einstieg in eine neue, stark frequentierte Verkehrsachse von der A81 in den Raum Stuttgart (Nord-Ost-Verbin-

Auch kein Silberstreif für Mögglinger B29

Rems-Murr-Gemeinden wollen keine Umgehungen

derung)“, warnt Kaufmann den Verkehrsminister. Und Bürgermeister Ralf Wörner aus Allmersbach, das nach dem aktuellen Vorschlag mit einer Westumfahrung „gesegnet“ werden soll, ergänzt klipp und klar: „Auch, wenn man im Flecken gerne Ruhe haben würde: Eine Umfahrung auf dieser Trasse ist mit mir nicht zu machen.“

Und auch nicht mit den Allmersbachern, die in ihrer Agenda 2000 genau das zum Ausdruck gebracht haben und seitdem mit den Rudersbergern und Miedelsbachern auf kluge Verkehrslenkungen setzen. Schultes Martin Kaufmann ist sogar Vorsitzender der „Inter-

kommunalen Initiative für stadtrträgliche Straßenräume (ISS)“. Als solcher kann er nicht verstehen, dass an den Ortsumfahrungen festgehalten wird, weil konzeptionelle Maßnahmen wie die B14-Umfahrung Winnenden und der L1150-Aufstieg Welzheim so viel Entlastung gebracht hätten, dass nun weitere 20 Millionen Euro Investition in keinem Verhältnis stünden zu den 12 000 Fahrzeugen pro Tag – wovon 70 Prozent Ziel- und Quellverkehr seien.

Ins selbe Horn bläst Bernd Renninger als Vorsitzender der Bürgerinitiative Lebenswertes Wieslaufal, der den Verdacht nicht los wird, dass alte Pläne aus

den 70er-Jahren (eine Verbindung der A81 ab Mundelsheim durchs Neckar- und Filstal mit der A8) nie ad acta gelegt wurden.

Indirekt bestätigt Pressereferentin Julia Pieper vom Verkehrsministerium das. Man habe – mit Unterstützung der Uni Stuttgart – alle existierenden Anmeldungen (Volumen 2,5 Milliarden Euro) fachlich eingeschätzt und dann die 734 Landesstraßen-Projekte auf einen Maßnahmenplan gesetzt, die sich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln (380 Millionen Euro) umsetzen ließen. Dieser „realistischen Einschätzung“ folge nun die Anhörung der Kommunen. Da könne und werde man natürlich noch über das eine oder andere sprechen.

Dass daraus für die Mögglinger ein Silberstreif am Horizont wird, verneint Pieper allerdings direkt. Die Baulast für die Bundesstraßen liege beim Bund. Das Geld dafür komme aus einem ganz anderen Topf. Es reiche aber auch nicht für alle Projekte – „und bei der Bewertung hat sich ergeben, dass andere Projekte dringlicher waren.“